

*Resolution des Landesparteiirates von Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Saar,
05.06.2008 in Saarlouis, Theater am Ring*

Bürgerrechte im Saarland stärken – starker Rechtsstaat statt Überwachungsstaat

Für einen starken Rechtsstaat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt, dabei aber ihre Rechte achtet und sie nicht allgegenwärtig und flächendeckend überwacht!

Wie steht es um die Bürgerrechte im Saarland?

Seit den Anschlägen vom 11.09.2001 sehen sich alle westlichen Staaten einer neuen terroristischen Bedrohung gegenüber. Diese Bedrohung ist real und richtet sich wahllos gegen die Bevölkerung. Sie ist auch bei uns im Saarland real. Verhinderte Anschläge, Festnahmen und Internetaufrufe zu Anschlägen von Terroristen, die sich im Saarland aufgehalten und hier gelebt haben, die hier Familie und Freunde haben, zeigen, dass auch das Saarland im Visier des Terrorismus ist. Die Bedrohung durch den Terrorismus nehmen wir Saar-Grüne ebenso ernst wie die Herausforderung, ihm wirksam zu begegnen. Die fortdauernde Diskussion zum Thema Terrorismusbekämpfung wird aber von der großen Koalition, allen voran Bundesinnenminister Schäuble, und auch von der saarländischen Landesregierung dazu genutzt, den deutschen Rechtsstaat Schritt für Schritt in einen Überwachungsstaat umzubauen. Sicherheit soll zur Staatsdoktrin werden, der sich alles unterzuordnen hat. Hierzu sind bereits zahlreiche Sicherheitsgesetze verabschiedet worden - ein ganzes Arsenal an Gesetzen soll noch folgen. Dadurch geraten immer mehr Menschen ins Visier staatlicher Überwachung, gegen die sie sich kaum wehren können. Online-Durchsuchung, Speicherung von Verbindungsdaten auf Vorrat, Nutzung der Mautdaten für polizeiliche Zwecke, Konto-, Video-, Telefon- und Computerüberwachung bilden in der Summe die neue Qualität eines Überwachungsstaates in dem grundsätzlich jede und jeder verdächtig ist. Neben dem pauschalen Generalverdacht gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern kommt der spezifische Verdacht gegen bestimmte Gruppen hinzu. Migrantinnen und Migranten oder Muslime werden gerade wegen ihrer Herkunft oder Religion besonders unter Verdacht gestellt. Im Zuge der Debatte werden zudem innere und äußere Sicherheit gleich gesetzt, was zu einer unzulässigen Vermischung von Mitteln der Prävention und der Strafverfolgung führt.

Auch im Saarland wurde im vergangenen Jahr das Polizeigesetz verschärft. Innenminister Meiser hat inzwischen auch angekündigt, dass im Saarland die rechtlichen Voraussetzungen für Online-Durchsuchungen geschaffen werden sollen. Innenminister Meiser und die saarländische CDU benutzen die gleichen Argumente wie Schäuble: Das Saarland soll ohne die Ausweitung der Überwachungsbefugnisse von Polizei und Verfassungsschutz angeblich wehrlos gegen terroristische Bedrohungen sein. Die innere Logik ist immer dieselbe: Solange es Räume gibt, in denen ohne staatliche Überwachung kommuniziert wird, könnten diese von Kriminellen und Terroristen genutzt werden. Es dürfe letztlich keinen Bereich menschlicher Kommunikation mehr geben, der vor polizeilicher oder geheimdienstlicher Überwachung sicher ist. Das Bundesverfassungsgericht hat den Überwachungsphantasien der Innenminister immer öfter einen Riegel vorschieben und feststellen müssen, dass so genannte

35 Sicherheitsgesetze nicht mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sind.

Wofür stehen wir Saar-Grüne?

40 Wir Saar- Grüne wollen terroristische Bedrohungen abwehren und dabei die Freiheit bewahren. Das Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit darf nicht zu Lasten der Freiheit aufgelöst werden, wie es sowohl der Bundesinnenminister als auch seine Länderkollegen ins Auge gefasst haben. Terrorszenarien werden zur Stimmungsmache heraufbeschworen und zu ihrer Bekämpfung eine Fülle von neuen rechtsstaatlich inakzeptablen Instrumenten gefordert, die weit in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Im Kampf gegen den Terrorismus darf der Staat keine unrealistischen Erwartungen wecken. Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch sachgerecht und verhältnismäßig. Wir müssen alles Erforderliche und Verhältnismäßige tun, aber einen absoluten Schutz vor Gewalt und Terroranschlägen gibt es nicht. Wer die absolute Sicherheit verspricht, macht sich mitschuldig an der Verunsicherung der Menschen und betreibt das Geschäft derer, die mit ihren Anschlägen den Menschen Angst vor der Freiheit machen wollen.

50 Wir können und wollen der Bedrohung durch den Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaats unter Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte entgegen treten! Wir sind der Überzeugung, dass dies nicht nur der einzig mögliche, sondern auch der einzig erfolgreiche Weg ist! Wir stellen uns der Sicherheitsdoktrin der Innenminister entgegen – diese bringt nicht mehr Sicherheit, sondern schafft Verunsicherung, weil alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht gestellt werden und die Grundrechte immer weiter ausgehöhlt werden. Für uns Grüne sind Bürgerrechte elementar und keine lästigen Hürden, die es zu überwinden gilt. Wir wollen mehr Sicherheit schaffen, ohne unsere freiheitlichen Grundsäulen zu gefährden.

60

Grüne Eckpunkte für Bürgerrechte und Sicherheit im Saarland:

65 - **Für eine bürgernahe Polizei und eine Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern:** Wir wollen die Polizei für ihre alltäglichen Aufgaben sowie für besondere Ermittlungsaufgaben fit machen. Hierfür sind sowohl Nachwuchskräfte, auch mit Migrationshintergrund, als auch eine umfassende Aus- und Weiterbildung der Polizeikräfte erforderlich. Wir wollen eine gut ausgebildete bürgernahe Polizei, die mit Verbänden und Initiativen bei der Kriminalprävention zusammenarbeitet. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der Polizei muss gestärkt werden. Viele Straftaten werden mit Hilfe der Bevölkerung verhindert oder aufgeklärt. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger Zivilcourage zeigen, in brenzligen Situationen nicht wegschauen, sondern sich einmischen. Wir Saar-Grüne sind daher für eine Stärkung der örtlichen Kriminalprävention als zivilgesellschaftliche Aufgabe.

75 - **Verschärfungen im saarländischen Polizeigesetz zurücknehmen:** Erst im vergangenen Jahr wurde das saarländische Polizeigesetz gegen unseren Widerstand und die ausdrücklichen Bedenken zahlreicher Experten nach dem Willen der CDU-Landesregierung verschärft. Telefon- und Videoüberwachung wurden ausgeweitet und die Möglichkeit der automatisierten Kennzeichenerfassung eingeführt. Auf Antrag der CDU wurde zudem eine Regelung aufgenommen, wonach im Saarland zukünftig Fotos und Fingerabdrücke auch strafunmündiger Kinder, die in Bezug auf Straftaten auffällig geworden sind, in einer Verbrecherkartei gespeichert werden können. Der saarländische Innenminister Meiser hat bereits im Februar angekündigt, dass auch im Saarland die rechtlichen Voraussetzungen für die Möglichkeit der Online-Durchsuchung für Polizei und Verfassungsschutz geschaffen werden sollen. Hier

85 scheint er offenbar zumindest teilweise auch auf Zustimmung bei der saarländischen SPD zu

stoßen, die eine Anwendung der Online-Durchsuchung durch die Polizei öffentlich befürwortet hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat im März dieses Jahres die Regelungen in Hessen und Schleswig-Holstein zur automatisierten Kennzeichenerfassung für verfassungswidrig erklärt. Auch aufgrund dieses Verfahrens hat die saarländische Landesregierung die automatisierte Kennzeichenerfassung im Saarland noch nicht eingesetzt. Nach dem Urteil ist klar, dass auch das saarländische Polizeigesetz nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Statt, wie von der Landesregierung angekündigt, die Regelung zu überarbeiten, wollen wir, dass die Regelung vollständig aufgehoben wird. In das Visier der Kamera geraten alle Bürgerinnen und Bürger, die den jeweils überwachten Straßenabschnitt nutzen. Ihre Autokennzeichen werden mit den Kennzeichen von verdächtigen Personen abgeglichen. Dieser Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen ist nicht akzeptabel. Außerdem wird hierdurch eine neue Infrastruktur zur Kontrolle von Autos geschaffen, die sich mühelos zur totalen Überwachung aller Kfz-Nutzer ausbauen lässt. Auch die Ausweitung der Telefon- und Videoüberwachung muss zurückgenommen werden. Kameras schrecken Gewalttäter nicht ab und verhindern auch keine Terroranschläge. Die Gewalt verlagert sich lediglich auf andere Orte. Wir sind auch der Auffassung, dass strafunmündige Kinder in einer Verbrecherdatei nichts verloren haben. Hier findet eine Stigmatisierung der Kinder statt, die dazu führen kann, dass diesen Kindern gerade durch ihre frühzeitige „Abstempelung“ nichts anderes übrig bleibt, als eine kriminelle Karriere einzuschlagen. Damit hat man das Gegenteil von dem erreicht, was unser gesellschaftliches und politisches Ziel sein sollte. Wer auffälligen Kindern helfen will, muss die auslösenden Probleme angehen. Sozial- und Jugendhilfe müssen ausgebaut und nicht wie bisher von der saarländischen Landesregierung zusammengestrichen werden.

110 **- Keine Schaffung eines deutschen FBI:** Der Entwurf des geplanten Gesetzes über das Bundeskriminalamt (sog. BKA-Gesetz) muss grundlegend geändert werden. Sollte es bei der vorliegenden Fassung bleiben, fordern wir von der saarländischen Landesregierung, dass sie das BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnt.

115 Im Rahmen der Föderalismusreform erhielt das BKA eine Präventivzuständigkeit zur „Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus“. Der gegenwärtig vorliegende Entwurf zum BKA-Gesetz soll nun diesen Aufgabenzuwachs mit Kompetenzen konkret ausfüllen. Der Entwurf enthält alles, was sich konservative Innenpolitiker und „Sicherheitsexperten“ in den letzten Jahren ausgedacht haben: Rasterfahndung, Schleierfahndung, Online-Durchsuchung und kleiner wie großer Lauschangriff. Ein wahres „best of“ aus dem Katalog des Überwachungsstaates. Der Gesetzentwurf zeigt, dass Schäuble neben einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren systematisch ein zweites Ziel konsequent weiter verfolgt: die Schaffung eines deutschen FBI. Das wäre eine grundlegende Änderung der deutschen Sicherheitsarchitektur. Bislang gilt im Grundsatz, dass Polizei Ländersache ist und auch trotz der Änderung des Grundgesetzes im Zuge der Föderalismusreform bleiben soll. Die föderale Struktur der Polizei und ihre Bindung an die Landespolitik sichern bisher Bürgernähe und Ortskenntnisse bei polizeilichen Eingriffen. Die Beschränkung des BKA auf die Unterstützungsfunktion für die Landeskriminalämter hat verhindert, dass sich ein unkontrollierbarer Moloch mit unbegrenzten Kompetenzen herausbildet, der losgelöst von politischen Kontrollgremien agiert. Das soll jetzt offenbar aufgegeben werden. Das BKA soll im Terrorismusbereich federführend gegenüber den Länderpolizeien werden. Mit Übertragung dieser neuen Kompetenzen wird das BKA einer wirksamen Kontrolle entzogen. Die bisherige Sicherheitsarchitektur mit der Zuständigkeit der Länder für die polizeiliche Gefahrenabwehr hat sich bewährt und muss beibehalten werden.

135 Das BKA soll zudem weitere Befugnisse erhalten, die auch die Geheimdienste haben, wie etwa die Erhebung von Verbindungsdaten, der Einsatz von V-Leuten, der Lausch- und Videoangriff innerhalb und außerhalb der Wohnung.

Wir Saar-Grüne stellen uns gegen diese Entwicklung, die eine Wandlung des deutschen Rechtsstaats in Richtung eines Polizeistaats zur Folge hat! Die im vergangenen Jahr verhin-

140 derten Terror-Anschläge zeigen: Wir brauchen kein deutsches FBI. Statt neuer Kompetenzen braucht es besser geschultes und ausgestattetes Personal und eine bessere Vernetzung der zuständigen Behörden.

145 - **keine heimlichen Online-Durchsuchungen:** Nordrhein-Westfalen hatte als erstes Bundesland gesetzliche Regelungen zur sog. Online-Durchsuchung geschaffen. Diese Regelungen hat das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und aufgehoben. Das BVerfG hat in seinem Urteil hohe Hürden für Online-Durchsuchungen aufgebaut und das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme geschaffen. Damit ist verbrieft: nicht nur in der Wohnung, sondern auch auf dem Computer gibt es Bereiche, die zur Privatsphäre gehören. Nichtsdestotrotz bleibt die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, im BKA-Gesetz auch die heimliche Online-Durchsuchung zu verankern. Auch der saarländische Innenminister Meiser will Polizei und Verfassungsschutz mit diesem Instrument ausstatten. Der große Netzangriff soll in einem der intimsten Bereiche des heutigen Lebens geführt werden, nämlich im privaten Computer. Er ist heute die elektronische Schublade, in der Tagebucheinträge, Urlaubsfotos, private Kommunikation, Gesundheits- und Sozialdaten abgelegt werden. Die Heimlichkeit des Angriffs vergrößert die Grundrechtsverletzung gegenüber einer Hausdurchsuchung erheblich. Für uns Grüne ist der garantierte Schutz der Privatsphäre unantastbar!

160 - **Vorratsdatenspeicherung abschaffen:** Die von der schwarz/roten Koalition beschlossene Vorratsdatenspeicherung ist eine Totalprotokollierung der Nutzung der Handys, der Computer, des Internets und der Telefonanschlüsse aller Bürgerinnen und Bürger. Sechs Monate kann der Staat nachverfolgen, wer mit wem, wann und von wo aus telefoniert oder gemailt hat. Solch einer Totalüberwachung widersetzen wir Grüne uns! Sie stigmatisiert alle Bürgerinnen und Bürger als potentielle Straftäterinnen und Straftäter. Die bei der Totalprotokollierung der elektronischen Kommunikation erhobenen Datenmengen wecken Begehrlichkeiten bei verschiedenen staatlichen Stellen. Im März hat das Bundesverfassungsgericht das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung durch einstweilige Anordnung stark eingeschränkt. Zwar wurde die Speicherpflicht für Kommunikationsunternehmen nicht ausgesetzt, die Verwendung der Daten durch Ermittlungsbehörden ist aber nur mit Genehmigung eines Ermittlungsrichters und im Zusammenhang mit schweren Straftaten möglich. Auch hier musste das Bundesverfassungsgericht wieder als Regulativ zur Überwachungs- und Datensammelwut eingreifen und an den hohen Stellenwert der Grundrechte erinnern.

175 - **Versammlungsrecht nicht antasten:** Durch die Föderalismusreform ist das Versammlungsrecht zur Ländersache geworden. In Bayern wurde bereits ein Gesetzentwurf vorgelegt, der das Versammlungsrecht stark eingrenzen soll. Wir erteilen diesen Einschränkungen eine klare Absage. Das bisher im Saarland weiterhin gültige Versammlungsgesetz des Bundes hat sich bewährt und ist durch zahlreiche Urteile konkretisiert worden. Wir wollen, dass das Bundesversammlungsgesetz im Saarland auch in Zukunft gilt, bzw. in Landesrecht überführt wird, ohne weitere Eingrenzungen vorzunehmen. Wir Saar-Grüne stehen für ein Versammlungsrecht, das es den Menschen ermöglicht, eine lebendige Demokratie zu schaffen, in der sie ihre Belange wirksam zur Kenntnis geben können.

Fazit:

185 Neue Gesetze und die Aufrüstung des Sicherheitsapparates bedeuten nicht zwangsläufig mehr Sicherheit. Wirksamen Schutz gegen Terrorgefahren leistet vielmehr professionelle Polizeiarbeit. Die bisherigen Fahndungserfolge zeigen, dass es im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich war, der Terrorgefahr wirksam zu begegnen. Wir Grüne lehnen es daher ab, mit ständig neuen Gesetzesänderungen die Grundrechte zu untergraben. Wir lehnen es ab, dass sich unser Land vom Rechtsstaat zu einem Präventionsstaat verwandelt. Wir wollen

195 nicht den Überwachungsstaat, der umfangreiche Datenbanken von seinen Bürgerinnen und
Bürgern anlegt, mit Körpergröße, Passbild, Fingerabdruck und dazu noch alle Reisebewe-
gungen abspeichert. Unser Verständnis von Sicherheitspolitik geht weit über den Einsatz von
Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz hinaus. Unser Sicherheitsbegriff schließt
ökonomische und soziale Konzepte zur Prävention und zur Konfliktlösung ein. Dazu gehören
200 auch unsere Forderungen, die Zivilgesellschaft zu stärken und dafür die strukturellen Rah-
menbedingungen zu schaffen, den Dialog der Kulturen und Religionen zu fördern und die
Integration voranzubringen. Die Strategie, zunächst Angst zu schüren und in der Folge dann
Bürgerrechte und Freiheiten einzuschränken, bringt keine Sicherheitsgarantie. Absolute Si-
cherheit kann es nicht geben. Unser Ziel ist es, Sicherheit rechtsstaatlich zu gewähren.

**Wir Saar-Grüne stehen für eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß und für eine Bewah-
rung der individuellen Rechte der Bürgerinnen und Bürger!**